



POLITIK / KOMMENTAR

Tierschmerzen - bis zu den Betäubungsfristen ...

(SB) - Die Tiere wollen sich einfach nicht fügen, sie verströmen unangenehme Gerüche, wenn sie unkastriert heranwachsen und als Eber geschlachtet werden, oder schreien laut vor Schmerzen, wenn ihnen kurz nach der Geburt die Hoden ohne Betäubung abgezwickelt werden. Da die Kundschaft weder eberspezifischen Geruch an ihrem Kotelett noch die Folterung unter acht Tage alter Ferkel goutiert ... (Seite 7)

UMWELT / REDAKTION

CO2 - gefährlicher Mythos ...

(SB) - In den USA werden chemische Behandlungsverfahren von Kohle, die umweltfreundlicher gemacht werden soll, hochsubventioniert. Doch aus der Verbrennung der Kohle entstehen nicht weniger, sondern ... (S. 12)

DIENSTE / KALENDER



... (Seite 13)

Treff für den Frieden - Es macht Sinn sich zu stellen ...

Ajamu Baraka im Gespräch

*Interview mit dem US-Politaktivisten und -Bürgerrechtler
Ajamu Baraka 18. November 2018 in Dublin*



*Ajamu Baraka und Jill Stein beim
Wahlkampfauftritt im August 2016
Foto: 2016 by Voice of America,
freigegeben als public domain*

(SB) 7. Dezember 2018 - 2016 bewarben sich nicht nur für die Demokraten Hillary Clinton und für die Republikaner Donald Trump um die Präsidentschaft, sondern für Amerikas Grüne auch die Ärztin und langjährige Friedensaktivistin Jill Stein. Im August jenes Jahres erkor Stein den schwarzen Bürgerrechtler und Politaktivisten Ajamu Baraka zu ihrem Vizepräsidentschaftskandidaten. Zwar konnten Stein und ihr vermeintlich "radikaler" Kampfgelährte durch spektakuläre Aktio-

nen wie die Teilnahme an Protesten gegen den Bau der Dakota Access Pipeline durch das Indianerreservat Standing Rock für Schlagzeilen sorgen, trotzdem haben sie am Wahltag lediglich ein Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen können. Nach der Wahl wurde Stein im Rahmen der Fake-News-Posse namens "Russiagate" seitens einiger Medien und Kongreßmitglieder zur Agentin des Kremls aufgebauscht, nur weil sie im Wahlkampf einige Male beim russischen Nachrichtensender RT aufgetreten war. An der "International Conference Against US/NATO Military Bases", die Mitte November in Dublin statt-

fand, nahm Baraka als Nationalorganisator der Black Alliance for Peace teil. Die Gelegenheit, mit dem Redakteur und Kolumnisten der Zeitschrift Black Agenda Report über die politische Lage in den USA zu sprechen, hat sich der Schattenblick nicht entgehen lassen.

Schattenblick: Viele Leute, die Ihre kritische Haltung gegenüber dem Politbetrieb in den USA aus Ihren Schriften kennen, waren wirklich überrascht, als Sie die Einladung von Jill Stein annahmen, deren "running mate" bei der Bewerbung um die Präsidentschaft der USA als Kandidatin der Grünen beim Wahlkampf 2016 zu werden. Wie kam es zu dem Entschluß und was haben Sie sich von Ihrer Teilnahme am wenig aussichtsreichen Kampf Steins um den Einzug ins Weiße Haus gegen die Demokratin Hillary Clinton und den Republikaner Donald Trump versprochen?

Ajamu Baraka: Ich habe die Einladung Steins angenommen und mich am parteipolitischen Prozeß deshalb beteiligt, weil ich das Gefühl hatte, 2016 könnte zu einem ganz wichtigen Wahljahr werden. Ich dachte, der Wahlkampf in jenem Jahr bot eine großartige Gelegenheit, den Stimmen der Menschen, die schon länger von den Demokraten und Republikanern einfach angewidert sind, Gehör zu verschaffen. Die einzige Partei, die meines Erachtens Chancen hätte, das Monopol der Demokraten und Republikaner auf das politische System der USA zu durchbrechen, sind die Grünen. Als Jill Stein mir das Angebot machte, sie als Vizepräsidentschaftskandidat zu unterstützen, mußte ich kurz überlegen, ob ich

die Strapazen auf mich nehmen wollte. Doch die Chance, mich am Aufbau einer echten politischen Alternative zu den Demokraten und Republikanern zu beteiligen, war zu verlockend. Ich mußte mitmachen. Darum hatte ich Ja gesagt.

SB: Sind sie rückblickend der Ansicht, daß sich der Einsatz für Sie, für die Grünen und Jill Stein gelohnt hat oder war das Ganze Zeitverschwendung, weil Teil einer politischen Scharade?

AB: Ich denke schon, daß es sich gelohnt hat. Im Rahmen der begrenzten Demokratie, die es in den USA gibt, war die landesweite Kampagne der Grünen wichtig, weil sie den Menschen, die mit Demokraten und Republikanern nichts am Hut haben, eine Wahlalternative und eine Plattform bot, wo auch sie sich Gehör verschaffen konnten. Die vielen Kriegsgegner oder die Menschen, die stärkere Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels fordern, hatten zum ersten Mal seit langem wieder eine Präsidentschaftskandidatin, der sie ihre Stimmen geben konnten. Der Wahlkampf der Grünen hat viele Menschen zusammengebracht, die das vorherrschende Zwei-Parteien-System zu Fall bringen wollen. Es sind Energien freigesetzt und Ideen ausgetauscht worden, die den Kampf um ein anderes politisches System lange beflügeln werden. Jill Stein und ich haben Probleme im Wahlkampf beim Namen genannt und thematisiert, die ansonsten in der Diskussion gar nicht aufgetaucht wären, wie zum Beispiel Erlaß der Schulden aus den Studiengebühren vieler Hochschulabsolventen, den Bau bezahlbaren Wohn-

raums, um die Obdachlosigkeit zu beenden, die Schaffung einer nationalen Krankenversicherung für alle, damit jeder die medizinische Betreuung erhält, die er braucht, sowie den Umbau der Wirtschaft Richtung erneuerbarer Energien. Von daher denke ich schon, daß unser Einsatz im Wahlkampf etwas gebracht hat.

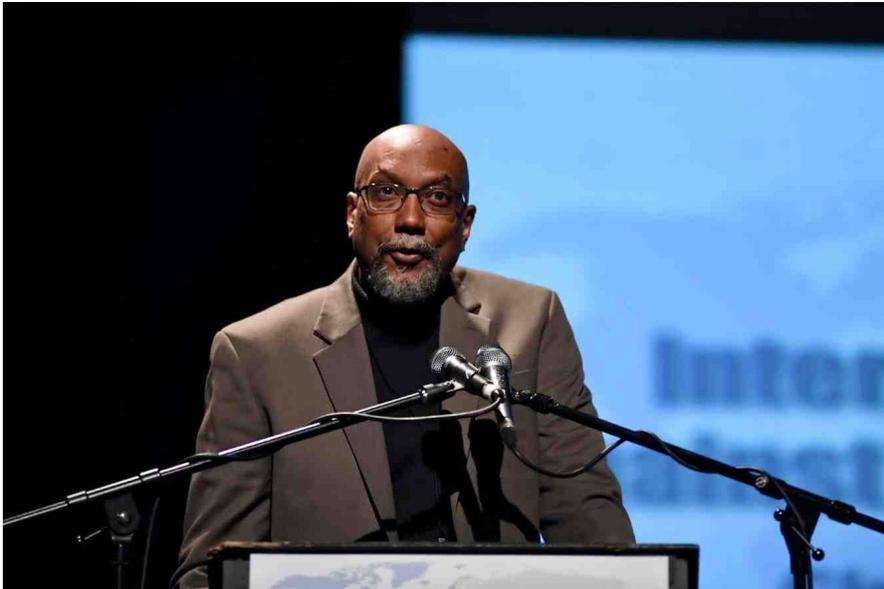
SB: Aber die von Ihnen erhoffte Schwächung des faktischen Monopols der Demokraten und Republikaner auf politische Ämter in den USA scheint nicht eingetreten zu sein. Bei den Zwischenwahlen 2018, die Anfang November stattfanden, haben die Kandidaten der Grünen keinen einzigen Sitz im Repräsentantenhaus in Washington erobern können - von Senatssitzen ganz zu schweigen. Was sagen Sie dazu?

AB: Sie haben recht. Was gewählte Volksvertreter betrifft, haben die Grünen auch diesmal keinen Durchbruch erzielt. Das liegt vielleicht an strategischen Mängeln bei der Präsidentschaftskampagne der grünen Partei 2016. Damals haben die Grünen nicht in ausreichendem Maße die Mobilisierung der eigenen Wählerschaft und das Interesse potentieller Wähler an der Partei in den Aufbau entsprechender Strukturen auf der Ebene der Landkreise und der Bundesstaaten kanalisiert. Bevor man in Washington erfolgreich sein will, muß man sich erst einmal in den Kongreßhäusern der einzelnen Bundesstaaten etablieren. Da sind die Grünen erst am Anfang. Die Partei muß aus ihren Versäumnissen lernen und sich überlegen, wie man das große öffentliche Interesse, das die Teilnahme am präsidiellen Wahlkampf mit sich bringt, bes-

ser nutzen kann, um das eigene Profil zu schärfen und mehr Wechsel- bzw. Nichtwähler für die Grünen zu gewinnen.

sidentenwahl Jill Stein mehrere Gerichtsklagen wegen ungezählter Wählerstimmen in den Bundesstaaten Michigan, Pennsylva-

gab es sehr wohl bei den Demokraten Kräfte und Personen, die stark daran interessiert waren, den Wahlsieg Trumps für nichtig erklären und Clinton doch noch erste Präsidentin der USA werden zu lassen.



Ajamu Baraka auf der Anti-US/NATO-Basen-Konferenz in Dublin

Foto: © 2018 by Ellen Davidson (stopthesewars.org)

SB: Wesentliche Mittel zur Aufrechterhaltung des Machtmonopols der Demokraten und Republikaner im amerikanischen Politsystem sind erstens das Gerrymandering, die Manipulation bei dem Zuschnitt der Wahlbezirksgrenzen, um die eine oder andere der beiden großen US-Parteien zu bevorteilen zuungunsten aller möglichen Drittbewerber, und zweitens die Wahlunterdrückung, das heißt der Einsatz bürokratischer Hürden, um Menschen aus den ärmeren Bevölkerungsschichten an der Wahlbeteiligung zu hindern. Es hat den Anschein, als sei es Demokraten und Republikanern wichtiger, das gemeinsame Betrugssystem aufrechtzuerhalten, als wer von ihnen die eine oder andere Abstimmung am Ende gewinnt. Als nach der Prä-

nia und Wisconsin einreichte, haben die Demokraten sie demonstrativ nicht unterstützt, obwohl eine Zulassung dieser Stimmen bzw. eine Neuauszählung in den drei genannten Bundesstaaten Hillary Clinton doch noch den Sieg über Donald Trump beschert hätte. Können Sie uns das bitte erklären?

AB: Ihre Beschreibung des Verhaltens der Clinton-Kampagne in bezug auf die Gerichtsklagen der Grünen trifft nicht ganz zu. Als Jill Stein das Ergebnis in den drei genannten Bundesstaaten wegen Unregelmäßigkeiten gerichtlich anfocht, war im Hintergrund die Unterstützung für ihre Klagen seitens der demokratischen Parteiführung weit stärker als es öffentlich den Anschein hatte. Ohne die Hilfe einiger demokratischer Großspender hätten die Grünen die Klagen nicht einreichen und durchfechten können, denn so etwas kostet in den USA bekanntlich viel Geld. Von daher

Dies wiederum hat eine heftige Diskussion innerhalb der Grünen ausgelöst, denn einigen Mitgliedern war nicht ersichtlich, warum sich ihre Partei für die Demokraten in die Schlacht werfen sollte. Schließlich würde eine Neuauszählung nichts an der Tatsache ändern, daß Stein weit ab auf dem dritten Platz hinter Trump und Clinton gelandet war. Die Gegner der Klagen bei den Grünen machten sich Sorgen, ihre Partei könnte sich durch den gerichtlichen Vorgang den Ruf einhandeln, Steigbügelhalter der Demokraten zu sein. Bei den Demokraten war man der Meinung, Hillary Clinton sollte nicht den Eindruck erwecken, eine schlechte Verliererin zu sein; gleichwohl hat die Parteiführung den juristischen Vorstoß Steins unterstützt und das nicht zu knapp.

SB: Einige Beobachter befürchten, daß durch die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten und die damit einhergehende Stärkung des weißen Rassismus in den USA die Schikanen, mit denen vor allem in den Südstaaten die Republikaner regelmäßig die Teilnahme weiter Teile der schwarzen Bevölkerung bei Wahlen zu blockieren versuchen, drastisch zunehmen werden. Sehen Sie das auch so?

AB: Absolut. Schauen wir die Vorgänge im Bundesstaat Georgia an, wo bei den Wahlen Anfang November die erstmalige

Wahl einer schwarzen Person in das Amt des Gouverneurs mittels Tricks wie der Streichung zahlreicher Namen von der Wählerliste verhindert wurde. Der Republikaner Brian Kemp hat die Demokratin Stacey Abrams am Ende nur ganz knapp geschlagen. Tausende nicht gezählte bzw. nicht zugelassene Stimmen haben Abrams den Sieg gekostet. Am Wahltag hat in vielen Wahllokalen in mehrheitlich schwarzen Bezirken die Wahlmaschine nicht richtig funktioniert oder ganz den Geist abgegeben. Das lag daran, daß die neuen Maschinen alle zu den Wahllokalen in mehrheitlich weißen Bezirken, die alten und defekten in die schwarzen Gemeinden geschickt wurden. Kein Mittel ist den weißen Rassisten offenbar zu schäbig, wenn es darum geht, die schwarzen Mitbürger an der Ausübung ihres Wahlrechts zu hindern.

Das Problem wird zunehmen und das nicht nur wegen Trump und seiner Anhänger. 2013 hat der Oberste Gerichtshof in Washington Section 5 des Voter Registration Act, das den Bundesbehörden die Befugnis einräumte, den Ablauf der Wahlen in den einzelnen Bundesstaaten zu kontrollieren, Mißstände anzuprangern und zu beseitigen, für nicht verfassungskonform erklärt. Seitdem haben die Parteibonzen der Demokraten und Republikaner in den Bundesstaaten wieder freie Hand und ergreifen erneut zahlreiche Maßnahmen zum praktischen Ausschluß armer und

schwarzer Bürger von den Wahlen.

SB: Eine wissenschaftliche Studie zur Präsidentenwahl 2016 hat ergeben, daß Donald Trump in jenen Gemeinden einen besonders hohen Stimmenanteil erzielt hat, in denen viele Irak- und Afghanistankriegsveteranen und ihre Angehörigen leben. Das hängt ver-



Foto: © 2018 by Schattenblick

mutlich mit der Tatsache zusammen, daß Trump im Wahlkampf in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik eine "isolationistische" Position bezog, das heißt Amerika sollte sich um die Gesundheit der eigenen Wirtschaft kümmern, seine Soldaten aus Afghanistan, dem Irak und Syrien abziehen und bessere Beziehungen zu Rußland pflegen. Hiervon ist seit dem Einzug Trumps ins Weiße Haus - von den Friedens-

gesprächen mit Nordkorea einmal abgesehen - wenig zu spüren gewesen. Wie schätzen Sie vor diesem Hintergrund die Chancen ein, daß die nicht wenigen Wähler, die wegen seiner Kritik an unsinnigen Militärinterventionen der USA im Ausland pro Trump gestimmt haben, für eine progressivere Politik, meinerwegen für eine Stimmabgabe für die Grünen, gewonnen werden können?

AB: Ich halte das für durchaus möglich. Ein wichtiger Grund für die Niederlage Hillary Clintons liegt im Verhalten der demokratischen Partei. Die Unfähigkeit, man könnte vielleicht sogar sagen die Weigerung der Demokraten, ein Programm anzubieten, das den wirtschaftlichen Sorgen und Nöten weiter Teile der Gesellschaft Rechnung trägt, hat sich gerächt.

2012 hatten neun Millionen mehr Wähler aus der Arbeiterklasse für Barack Obama gestimmt und diesem damit eine zweite Amtszeit als Prä-

sidenten beschert, als für Hillary Clinton vier Jahre später gestimmt haben. Die Demokraten und Hillary Clinton haben diese Leute nicht erreicht, nicht mobilisieren können - und deshalb die Präsidentenwahl verloren. Woran liegt das? 2012 bestand noch die Hoffnung, daß die Demokraten die schlimmsten Auswirkungen der 2008 hereingebrochenen Finanz- und Wirtschaftskrise würden abfedern können und sie nicht auf die einfachen Menschen abwälzen. 2016 war diese Hoffnung

längst verfolgt. Die Demokraten hatten sich in der Zwischenzeit unter der Führung der Obama-Regierung mittels Bankenrettungen und Steuererleichterungen für die Schwerreichen als genauso gehorsame Diener des Großkapitals wie die Republikaner erwiesen.

Im Wahlkampf trafen Jill Stein und ich dauernd auf Leute, die sich von den Demokraten regelrecht im Stich gelassen fühlten. Also haben wir frühzeitig gespürt, daß die Clinton-Kampagne in großen Schwierigkeiten, was die Mobilisierung ihrer traditionellen Wählerschaft betrifft, steckte. Viele der Leute, die sich bei Wahlkampfveranstaltungen uns gegenüber über die Demokraten und ihr wenig arbeiterfreundliches Programm beschwerten, hatten Bedenken, Jill Stein ihre Stimme zu geben, weil sie nicht glaubten, daß die grüne Präsidentschaftskandidatin eine realistische Chance zu gewinnen hatte. Viele dieser Menschen und Leute haben deshalb Donald Trump gewählt, weil sie in ihm ein Mittel - wie mangelhaft auch immer - sahen, Veränderung im Washingtoner Politbetrieb herbeizuführen. Trump hat viele Protestwähler für sich gewinnen können, weil er im Vergleich zu Clinton immerhin die Themen, die sie beschäftigten, wie Arbeitslosigkeit und sinkende Lebensstandards, in seinen Reden ansprach und Verbesserung versprach.

SB: Wenn man die Berichterstattung der großen amerikanischen Konzernmedien wie der New York Times seit dem Wahlsieg Trumps verfolgt, bekommt man den Eindruck, in den USA herrscht eine seit dem Bürgerkrieg Mitte des 19. Jahrhunderts

niemals dagewesene Krise, die Bevölkerung wäre zutiefst gespalten, Demokraten und Republikaner bis aufs Blut verfeindet und zu einer produktiven Zusammenarbeit unfähig. Stimmt dieses Bild überhaupt oder wird nicht die Öffentlichkeit mit einer Art Politzirkus gefüttert, deren Inszenierer auf Mittel des beliebten Fernsehprofiwrestlings à la WWE zurückgreifen?



Foto: © 2018 by Ellen Davidson (stopthesewars.org)

AB: Ich glaube, die Wahrheit liegt irgendwo in der Mitte. Unter den Eliten tobt ein heftiger Streit, der natürlich durch die hysterische Art der Berichterstattung um eventuelle Kontakte des Wahlkampfteams von Trump zum Kreml völlig überhöht wird. Der Streit hat aber handfeste Gründe. Donald Trump vertritt jenen Teil des amerikanischen Kapitals, der traditionell auf den Binnenmarkt orientiert gewesen ist. Das sind große und mittelgroße Unternehmen, die weit weniger als die international agierenden US-Großkonzerne von der Globalisierung profitiert haben. Die Inhaber und

Leitungen ersterer Unternehmen haben das Gefühl, sie hätten vom neoliberalen Kurs, den die USA wirtschaftlich seit den siebziger Jahren verfolgen, nur Nachteile gehabt. Wenn Donald Trump verspricht, er werde Amerika wieder "great" machen, so ist damit gemeint, daß er die Industriearbeitsplätze, die in den letzten dreißig, vierzig Jahren von den USA nach Mexiko, China und in

andere Billiglohnländer ausgelagert worden sind, zurückholt. Die Maßnahmen, die er ergreift, um dies zu verwirklichen, wie zum Beispiel Strafzölle, bedrohen die Interessen jener US-Konzerne, die global tätig sind. Also gibt es zwischen ihnen und den Verfechtern eines wirtschaftlichen Nationalismus starke Spannungen. Das ist der Hintergrund der politischen "Krise", denn die Interessensvertreter beider Lager bekämpfen sich in Politik und Medien tatsächlich mit harten Bandagen.

Als Trump bei seiner Rede vor der UN-Vollversammlung Ende September vollmundig erklärte, er sei ein "Nationalist", hat er in

erster Linie gemeint, er wolle die Binnenwirtschaft der USA ankurbeln, die hier agierenden Unternehmen stärken und Beschäftigungsmöglichkeiten für die Arbeiter- und Mittelschicht schaffen. Seine Wähler und seine Unterstützerkreise in Teilen der US-Wirtschaft haben die Botschaft sehr wohl verstanden. Seine Gegner haben die Äußerung dahingehend ausgelegt, daß er ein Bekenntnis zum weißen Rassismus abgelegt hätte. Dieser Unterton war möglicherweise auch von Trump gemeint. Das will ich nicht bestreiten. Aber es ging ihm in erster Linie um den Wirtschaftsnationalismus, dem er sich verpflichtet fühlt. Die multinationalen Großkonzerne sehen diesen Kurs von Trump mit Unbehagen, denn sie erwarten dadurch für ihre eigenen Geschäfte nur Nachteile und Schwierigkeiten. Darum sind sie und ihre Freunde in den Medien dauerhaft bemüht, Trump schlecht zu machen und ihn als Idioten aussehen zu lassen. Gleichwohl sind praktisch alle amerikanischen Wirtschaftskapitäne und Politiker auf Trumps Seite, wenn er die, aus ihrer Sicht, unfairen Handelspraktiken Chinas anprangert und entsprechende Gegenmaßnahmen ergreift.

Gleichzeitig ist das von Ihnen angesprochene Phänomen der Verflachung der politischen Berichterstattung auf das Kasperletheaterniveau unbestreitbar und gleichzeitig erschreckend. Einerseits bauschen die liberalen, pro-demokratischen Medien wie die New York Times Trump zum Chaos-Kandidaten, zum Rüpelpräsidenten auf. Andererseits lebt Trump diese Rolle voll aus, indem er provokante Stellungnah-

men oder Twitter-Meldungen von sich gibt und gezielt Reizthemen auf eine plumpe Art anspricht, um die eigene Wählerbasis zu mobilisieren und die Gegner in Rage zu versetzen. Dadurch entsteht der Eindruck, daß in Washington politisches Durcheinander herrscht und daß die traditionellen Regeln und Gepflogenheiten nicht mehr gelten.

Macht man sich die Mühe, sich von dem ganzen Polittheater und Mediendonner nicht blenden zu lassen, so wird ersichtlich, daß hinter den Kulissen tatsächlich ein ganz schwerer Kampf tobt, bei dem es um die politische und wirtschaftliche Ausrichtung der USA geht. Dessen ungeachtet sind sich die Globalisierer und die Wirtschaftsnationalisten vollkommen einig, was das Bestreben Washingtons betrifft, die militärische, politische und wirtschaftliche Vorherrschaft der USA auf der internationalen Ebene aufrechtzuerhalten. Deswegen haben Republikaner und Demokraten vor kurzem ohne nennenswerte Debatte im Kongreß gemeinsam den Wehretat für 2019 auf sage und schreibe 760 Milliarden Dollar - und damit sogar auf mehr als die Trump-Regierung ursprünglich beantragt hatte - erhöht. Und als Trump nach nur wenigen Monaten im Weißen Haus wegen des angeblichen Einsatzes von Giftgas durch die Truppen Baschar Al Assads Raketen auf syrische Militäreinrichtungen abfeuern ließ, jubelten alle im Kongreß und befanden, der neue Präsident würde Amerika wieder Respekt in der Welt verschaffen. Beide Parteien, Demokraten und Republikaner, unterstützen bedingungslos die Agenda des Pentagons und den Dauerkrieg, den die USA unter

verschiedenen Vorwänden seit dem 11. September 2001 praktisch auf allen Kontinenten führt, denn sie sehen darin die einzige Chance, die globale Hegemonie Amerikas aufrechtzuerhalten. Demokraten und Republikaner in Washington treiben ein Spiel, das zu durchschauen wir, die Opfer des Spiels, angehalten sind.

SB: Wir bedanken uns herzlich für dieses Interview, Ajamu Baraka.



Fight the Power

Foto: © 2018 by Schattenblick

Bericht und Interviews zur ersten "International Conference Against US/NATO Military Bases" in Dublin im Schattenblick unter: www.schattenblick.de → INFOPOOL → POLITIK → REPORT:

BERICHT/327: Treff für den Frieden - Wir auch ... (SB)

INTERVIEW/420: Treff für den Frieden - NATO-Basis Italien ...

Thea Valentina Gardellin im Gespräch (SB)

INTERVIEW/421: Treff für den Frieden - Gegen Atomwaffen und Kapitalismus ... Dave Webb im Gespräch (SB)

INTERVIEW/422: Treff für den Frieden - Anti-US-Widerstand in Australien ... Annette Brownlie im Gespräch (SB)

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prin0423.html>

POLITIK / KOMMENTAR / RAUB

Tierschmerzen - bis zu den Betäubungsfristen ...

(SB) 7. Dezember 2018 - Die Tiere wollen sich einfach nicht fügen, sie verströmen unangenehme Gerüche, wenn sie unkastriert heranwachsen und als Eber geschlachtet werden, oder schreien laut vor Schmerzen, wenn ihnen kurz nach der Geburt die Hoden ohne Betäubung abgezwickelt werden. Da die Kundschaft weder eberspezifischen Geruch an ihrem Kotelett noch die Folterung unter acht Tage alter Ferkel goutiert, soll nun bis Ende 2020 nachgebessert werden. Ursprünglich sollte die betäubungslose Ferkelkastration laut Reform des Tierschutzgesetzes 2015 schon Ende dieses Jahres verboten werden. Doch der intensive Druck der Fleischlobby sorgte dafür, daß in den nächsten zwei Jahren noch bis zu 40 Millionen männliche Ferkel dieser Tortur ausgesetzt werden.

Die Frist von drei Jahren soll nicht ausgereicht haben, um in den Schweinemastbetrieben eine der bekannten Alternativen zu etablieren. Ob Kastration unter Vollnarkose oder lokale Betäubung, ob Ebermast oder Immunokastration, all diese in anderen Ländern längst eingeführten und erprobten Verfahren haben Vor- und Nachteile, doch richten sie vor allem betriebswirtschaftlichen Schaden an - die Kostenlast bei der Schweinemast steigt. Vom Fleisch der knapp 58 Millionen Schweine, die in der Bundesrepublik 2017 geschlachtet wurden, werden rund 20 Prozent ins Ausland exportiert. Um derartige Exportquoten aufrechtzuerhalten, ist

keine Rationalisierungsmaßnahme zu gering, um nicht als Kostenvorteil ausgenutzt zu werden. Die Ausbeutung billigster Lohnarbeit vor allem aus den osteuropäischen EU-Staaten ist ein wesentlicher Faktor dieser Exportoffensive, und auch das geht zu Lasten der zu Fleisch und Wurst verarbeiteten Schweine. Über 500.000 von ihnen bluten nicht vollständig aus, bevor sie ins Brühbad gesteckt werden, so daß sie das kochende Wasser nachgewiesenermaßen noch bei lebendigem Leib erleiden.

Doch geht es um den guten Geschmack, scheint keine Tortur qualvoll genug zu sein. In archaischer Sicht untermauert der Todesschmerz des Tieres die Vorherrschaft des Menschen, der es tötet und verspeist. Was an Angst und Schmerz in Form hormoneller Abbauprodukte im Fleisch verbleibt, muß nicht, wenn überhaupt, ähnliches beim Menschen auslösen. Genausogut könnten die biochemischen Agentien des lediglich sechs bis sieben Monate währenden Lebens dieses zur Schlachtung vorgesehenen Säugtiers zu dem erhebenden Gefühl beitragen, als Mensch am Ende der Freßkette keinen größeren Räuber mehr über sich zu wissen.

Auch wenn derartige Überlegungen im Bereich von Mutmaßungen bleiben, sind sie in ihrer symbolischen und metaphorischen Stichhaltigkeit nicht weniger relevant als der Glaube, das Umbringen eines Tieres habe weni-

ger qualvolle Konsequenzen als das eines Menschen. Nur die Dichotomie des Mensch-Tier-Verhältnisses kann die Tötung des Schweins legitimieren, ansonsten unterscheidet sie sich nicht von der Tötung des Menschen. Wenn bloße Geschmacksfragen darüber entscheiden, ob einem Schwein größte Schmerzen bereitet werden oder nicht, muß es sich in den Augen derjenigen, die diese Tortur vollziehen, um einen Produktionsfaktor oder um eine Sache handeln.

Dennoch lebt das "Schlachtvieh" so sehr, daß es seine Tötung nicht ungerührt und demütig hinnimmt. Weil es sich wehrt, wird es mit allen möglichen Einrichtungen daran gehindert, beim Weg vom LKW zur Schlachtstation einen anderen Weg als den durch Absperrgitter und Gänge vorgezeichneten zu nehmen. Freiwillig betritt kein Schwein den Ort, an dem es mit Bolzenschußgerät getötet oder CO₂ vergast wird. Die ganze Situation könnte nicht unnatürlicher sein, und doch wird sie von der Kundschaft hingenommen. Das Verfahren, das Ferkel mit immunologischen Mitteln an der Geschlechts- und damit Geruchsentwicklung zu hindern, hingegen hat in manchen Ländern zu Importverboten geführt, weil ein solcher Eingriff in den Hormonhaushalt der Schweine als unnatürlich und womöglich gesundheitsschädlich gilt.

Zugleich ist bekannt und Gegenstand wissenschaftlicher Untersu-

chung, daß beim Schlachten Reaktionen physiologischer Art provoziert werden, die sich auf die Qualität des Produktes auswirken [1]. Was nicht ausschließt, daß gerade dieser Prozeß Fleisch und Wurst lecker macht. So wurde der spezifische, manche Menschen an Schweiß und Urin erinnernde Ebergeruch von anderen KundInnen bei Probeverkostungen gar nicht wahrgenommen oder als störend empfunden. Da nur rund fünf Prozent der heranwachsenden Eber diese beim Braten zu riechenden Ausdünstungen überhaupt entwickeln, wäre es vielleicht am einfachsten, ihn unter dem Oberbegriff Natur zu verbuchen und nicht weiter zum Anlaß für

schmerzhafte Interventionen zu nehmen.

Jenseits aller Geschmacksfragen bestände schließlich die Möglichkeit, sich vom Fleisch der Schweine und damit all den mit ihrer Zucht und Verwertung verbundenen Grausamkeiten zu verabschieden. Im Unterschied zu erlegenden und milchproduzierenden "Nutztieren" gibt das Schwein keine Fortpflanzungsagentien ab, die der Mensch gerne auf seinem Teller hat. Wenn es nur noch Bedeutung für die Lederproduktion und die Nutzung von Nebenprodukten der Tierverarbeitung im chemischen, kosmetischen und nahrungsmitteltechnischen Verfahren besäße, würde

die Zahl der zu tötenden Tiere wohl stark verringert werden. Bis dahin bleibt vermeintliches "Tierwohl" eine Chiffre für kulinarische Zubereitungsformen, denen die Leidenschaften, Eigenheiten und Schmerzen individueller Lebewesen zugrundeliegen, die sich niemals vollständig aus den Substanzen menschlichen Verzehr entfernen lassen.

Anmerkungen:

[1] <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/raub1110.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/raub1174.html>

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

International / Mexiko

Die Rechte der Campesinxs und Befragungen ohne Rechte

von Silvia Ribeiro

(Mexiko-Stadt, 24. November 2018, *La Jornada/poonaal*) - Im September 2018 traf der UNO-Menschenrechtsrat in Genf eine historische Entscheidung. Er verabschiedete die Erklärung über die Rechte der Bauern und Bäuerinnen und Landarbeiter*innen, den Via Campesina [1] vor 17 Jahren eingebracht hatte. Zum ersten Mal wird auf internationaler Ebene ein Bündel von Rechten für Kleinbäuerinnen und -bauern und Landarbeiter*innen (einschließlich Schäfer*innen, Migrant*innen und Landlose) festgeschrieben.

Dazu gehört unter anderem das Recht auf Nichtdiskriminierung, auf gesunde Ernährung, Land, Schutz der Böden und Territorien, darauf, keinen Agrargiften bei der Arbeit ausgesetzt zu sein sowie der Zugang zu Agrarkrediten, Bildung und Information. Der oben genannte Personenkreis hat außerdem das Recht bei geplanten Projekten, Gesetzesänderungen und sonstigen Programmen im Vorhinein informiert und befragt zu werden, bevor sie ihre Zustimmung für neue Projekte geben oder die Veränderung ablehnen.

Die Erklärung wurde am 20. November 2018 in New York von einer breiten Mehrheit des entsprechenden UNO-Komitees angenommen und an die UNO-Generalversammlung weitergeleitet, wo sie im Dezember 2018 schließlich endgültig verabschiedet werden soll. Angesichts der großen Mehrheit der Länder, die sich bereits für die Erklärung ausgesprochen haben, gilt die Annahme durch die Generalversammlung als sicher.

In derselben UNO-Sitzung vom 20. November wurde ein weiteres

Dokument verabschiedet, das sich auf das Verfahren der vorherigen, freiwilligen und informierten Zustimmung der indigenen Völker bezieht. Es legt fest, dass die Staaten die indigenen Völker "nach bestem Wissen und Gewissen konsultieren und mit ihnen kooperieren", um ihre Zustimmung zu erhalten. Dabei müssen die hiesigen Repräsentationsformen der indigenen Völker genutzt werden. Die Zustimmung bzw. Ablehnung steht am Ende eines fairen Verfahrens, das vor der Umsetzung von Projekten oder Gesetzesveränderungen, die sich auf den Lebensraum eben jener Gruppen auswirken, stattfinden muss.

Beide Beschlüsse, also einmal bezüglich der kleinbäuerlichen und einmal bezüglich der indigenen Rechte, bekräftigen die Verpflichtungen der Staaten, die vorherige, freiwillige und informierte Zustimmung von Indígenas und Campesinos einzuholen. Die verpflichtenden Befragungen müssen in Zusammenarbeit mit den von den indigenen Völkern bzw. den bäuerlichen Gemeinden ernannten Autoritäten durchgeführt werden. Damit gehen diese Beschlüsse noch über die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hinaus.

Energische Mahnungen an die Regierungen

Beide Resolutionen sind eine energische Mahnung an die Regierungen, die diese Rechte nicht respektieren - sei es aufgrund eigener politischer Programme oder indem sie Konzessionen an unternehmerische Initiativen im Bergbau, Straßenbau- und Landwirt-

schaftssektor (z.B. Gensaaten) vergeben und dabei die Rechte und die Territorien der indigenen Völker und kleinbäuerlichen Gemeinden missachten. Mexiko bietet viele Beispiele für Projekte auf indigenen und kleinbäuerlichen Böden ohne vorherige Befragungen oder Scheinbefragungen. Wie im Fall der Halbinsel Yucatán, als die indigenen Völker über die Aussaat von Gensoja befragt wurden und Sol Ortiz, die Funktionärin der Interministeriellen Kommission für Biosicherheit und Gentechnisch Veränderte Organismen (CIBIOGEM), sich zur Komplizin der Multis machte. In anderen Fällen wurde eine Befragung durchgeführt, doch trotz der Ablehnung durch die Bevölkerung, wurden die Vorhaben trotzdem fortgeführt, wie z.B. beim Widerstand des Yaqui-Volkes gegen das Aquädukt Independencia. In allen Fällen werden zudem Landgemeinden und indigene Völker kriminalisiert, die ihre Rechte einfordern.

In diesem Kontext ist auch die zweite "Konsultation" von Andrés Manuel López Obrador (AMLO) zu sehen, wo eine breite Öffentlichkeit zur Errichtung eines Handelskorridors durch den Isthmus von Tehuantepec, des Maya-Zugs und einer Raffinerie in Tabasco befragt werden soll. Damit werden aber die Rechte der Menschen umgangen, deren Lebensraum direkt von den Projekten betroffen ist. Das ist eine offenkundige Missachtung der "vorherigen Befragung und Zusammenarbeit nach bestem Wissen und Gewissen" und geht nicht auf die Organisationsformen der indigenen Völker und kleinbäuerlichen Gemeinden ein. Unabhängig vom

Ausgang dieser zweiten "Konsultation" handelt es sich weder um eine Befragung der indigenen Völker noch der Kleinbäuerinnen und -bauern. Genauso wenig kann sie deren Zustimmung repräsentieren. Es ist absurd, dass die Regierung den Baubeginn des Maya-Zuges für Dezember ankündigt, ohne die kleinsten Schritte für eine Befragung unternommen zu haben, auf die die indigenen Völker und die Kleinbäuerinnen und -bauern ein Recht haben.

Zusätzlich müssen auch Gesetzesentwürfen, wie dem Agrarentwicklungsgesetz [2] oder dem Gesetz zum Schutz kollektiver geistiger Eigentumsrechte auf traditionelles Wissen Befragungen vorausgehen. Zudem zeichnen sich in den konkreten Gesetzesentwürfen [3] schwerwiegende Implikationen ab, da sie auf die Privatisierung von Territorien, Ejidos und Wissen abzielen.

* Die Autorin Silvia Ribeiro ist Forscherin der Monitoring-ETC Group [4]

Anmerkungen:

[1] https://de.wikipedia.org/wiki/La_Via_Campesina

[2] <https://www.npla.de/poonal/entwurf-des-agrarentwicklungsgesetzes-wer-wind-saet/>

[3] <https://www.jornada.com.mx/2018/11/13/opinion/018a1-pol/#>

[4] <http://www.etcgroup.org/>

URL des Artikels:
<https://www.npla.de/poonal/die->

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexikos neuer Präsident ist kein Linker

von Wolf-Dieter Vogel

(Mexiko-Stadt, 30. November 2018, taz) - Fünf Monate hat Mexikos gewählter Präsident bereits faktisch mitregiert. Am 1. Dezember hat Andrés Manuel López Obrador, kurz AMLO, nun auch offiziell sein Amt übernommen. Gleich nachdem ihm die Mexikaner*innen am 1. Juli mehrheitlich ihre Stimmen gegeben haben, legte der 64-Jährige los. Seine Vertreter diskutierten mit, als es galt, mit US-Präsident Trump einen neuen Freihandelsvertrag zu vereinbaren. AMLO initiierte Foren, auf denen Angehörige von Gewaltopfern mit künftigen Regierungsmitgliedern



Andrés Manuel López Obrador
Bild: Agencia de Noticias ANDES
[CC BY-SA 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>)], via Wikimedia Commons

über die katastrophale Menschenrechtslage sprachen. Seine Morena-Partei (Movimiento Regeneración Nacional) organisierte Volksbefragungen, in denen das Ende eines im Bau befindlichen Flughafens beschlossen wurde. Niemand interessierte sich noch für seinen regierenden Vorgänger Enrique Peña Nieto von der ehemaligen Staatspartei PRI (Partido Revolucionario Institucional). AMLO stahl ihm die Show.

AMLO hat allen alles versprochen

Dazu gehört nicht viel. 125.000 Menschen sind in Peña Nietos

Amtszeit ermordet worden, Zigttausende verschwunden. Der Drogenkrieg ging in unverminderter Härte weiter, die Lebenshaltungskosten stiegen immens. Zudem war er in einen Korruptionsskandal verwickelt und verhinderte gezielt, dass die Rolle von Soldaten und Bundespolizisten bei der Verschleppung von 43 Studenten des Lehrerseminars Ayotzinapa aufgeklärt wird. Peña Nietos Beliebtheitsgrad war vor den Wahlen in den einstelligen Bereich gesunken. Das sind die Gründe dafür, dass López Obrador 53 Prozent aller Stimmen gewinnen konnte und seine Morena-Partei Parlament und Senat dominiert. Er hat allen alles versprochen: den Opferangehörigen, dass ihre Fälle aufgeklärt und die Straflosigkeit beendet wird; indigenen Gemeinden, dass sie über die Nutzung ihres Lebensraumes bestimmen können: Unternehmern, dass sie weiterhin zum Zug kommen, internationalen Investoren, dass sie in ihren Fabriken günstig produzieren können. Und dass Korruption und Militarisierung des Landes beendet werden. Das Militär werde zu einer "Friedensarmee", behauptete er.

Nein, López Obrador ist kein Linker

Nein, López Obrador ist kein Linker. Auch wenn aufgeregte Konservative ihn mit Venezuelas Ex-

Fortsetzung von Seite 9:

rechte-der-campesinxs-und-befragungen-ohne-rechte/

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1836.html>

Präsident Hugo Chávez vergleichen und linke Aktivist*innen ihn gern so gesehen hätten. AMLO glaubt an einen ehrlichen Kapitalismus, seine Beliebtheit ist nicht zuletzt auf seine protestantische Ethik zurückzuführen. Man hält ihn für eine ehrliche Haut, und in der Tat ist er einer der wenigen hochrangigen Politiker, dem keine Korruption vorgeworfen werden kann. Er will nicht in den Präsidentenpalast einziehen, verzichtet auf die Hälfte seines Gehalts und eine militärische Leibgarde. Diese Austerität fordert er auch von der Verwaltung. Wer dem Volk dient, muss künftig sechs Tage die Woche arbeiten und auf Privilegien wie eine bessere Sozialversicherung verzichten. Viele Stellen des aufgeblähten Apparats sollen abgebaut werden. Die Aufregung, die das unter staatlichen Angestellten hervorruft, gehört zu den kleineren Problemen, die AMLO haben wird. Der Versuch, Unternehmerinteressen und die Respektierung der Menschenrechte unter einen Hut zu bekommen, wird seine Amtszeit dominieren. Um Arbeitsplätze zu schaffen, will er wirtschaftliche Sonderzonen für internationale Investor*innen entwickeln. Indigene Gemeinden wehren sich schon lange gegen solche Projekte auf ihrem Boden. Für linke Basisorganisationen ist das ein Grund, ihm den Rücken zu kehren, denn Weltmarktfabriken, Bergbau- und andere Megaprojekte führen oft zu Menschenrechtsverletzungen.

AMLO kommt aus der alten PRI-Schule

Zugleich lässt der Politiker noch vor Amtsantritt entscheiden, dass ein Flughafen nicht gebaut wird - per Volksbefragung ohne verfas-

sungsrechtliche Legitimität. Unternehmer, die bereits Millionen investiert haben, stehen Kopf. Indigene und Linke, denen das Projekt schon lange ein Dorn im Auge ist, sind dagegen zufrieden. Angesichts der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse kann López Obrador tun, was er will. Zumindest, solange die Morena-Partei mitmacht, die ihre Existenz im Wesentlichen ihm verdankt. Das birgt große Gefahren, zumal AMLOs Legitimität vor allem eine moralische ist. Viele haben ihn gewählt, weil sie ihn für einen guten Menschen halten, der das Beste für seine Bevölkerung will. AMLO kommt aus der alten PRI-Schule, einer autoritären Struktur, in der demokratische Entscheidungsfindungen keine Rolle spielen. Auch er ließ bislang nicht erkennen, dass er darauf Wert legt. Menschenrechtsverletzungen sollen konsequenter verfolgt werden, weil er oder "das Volk" es will, nicht weil eine demokratische Institution das einklagt. Wer seine Forderungen durchsetzen will, ob Flughafengegner oder Investoren, muss sich mit dem Präsidenten gut stellen.

Militäreinheit gegen Kriminalität

Die Konsequenzen dieser Haltung sind schon jetzt zu spüren. So weigert sich AMLO, der Generalstaatsanwaltschaft einen autonomen Status zuzugestehen - deren Regierungsnähe blockierte alle Ermittlungen über das Verschwinden der Ayotzinapa-Studenten. López Obrador will stattdessen für diesen Fall eine Wahrheitskommission ins Leben rufen. Zugleich wird er entgegen seinen eigenen Versprechen das Land weiter militarisieren und eine neue, 50.000 Perso-

nen starke militärische Einheit gründen, die gegen die kriminellen Kartelle vorgehen soll.

Indigene, soziale, feministische und andere Bewegungen werden also weiter Druck machen müssen, um ihre Anliegen durchzusetzen. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger dürfte AMLO ein offenes Ohr für deren Forderungen haben, zumal einige Vertreter*innen seiner Regierung diesen Gruppen nahe stehen. Die zweite gute Nachricht: López Obrador ist kein aufgeregter Demagoge wie Chávez. Er wird nicht versuchen, Widersprüche zuzuspitzen, und bestenfalls für mehr Gerechtigkeit sorgen. In einem Land, das durch den Terror der organisierten Kriminalität und andere strukturelle Gewalt ständig zu explodieren droht, hat das fast etwas Beruhigendes.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonaal/mexikos-neuer-praesident-ist-kein-linker/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonaal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonaal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1837.html>

CO2 - gefährlicher Mythos ...

(SB) 7. Dezember 2018 - In den USA werden chemische Behandlungsverfahren von Kohle, die umweltfreundlicher gemacht werden soll, hochsubventioniert. Doch aus der Verbrennung der Kohle entstehen nicht weniger, sondern mehr Stickoxide und andere Luftschadstoffe. Darüber hinaus kontaminieren die verwendeten Chemikalien, die krebserregend sind, schon mal die Gewässer in der Umgebung der Anlagen. Einige von ihnen wurden wegen solcher Umweltschäden inzwischen wieder auf unbehandelte Kohle umgestellt. Vom Regen in die Traufe und von der Traufe zurück in den Regen.

"Saubere Kohle" ist ein Märchen, das auch bei den laufenden UN-Klimaverhandlungen in Katowice gerne erzählt wird, um eine Industrie zu retten, die Profite einstreicht, während durch sie und ihre Sachwalter in Politik und Gesellschaft die globale Erwärmung und damit die Vernichtung der Lebensvoraussetzungen vieler Menschen, Tiere und Pflanzen vorangetrieben wird. Stammt das obige Beispiel auch aus den USA, so sieht es in anderen Ländern nicht besser aus.

Die Nachrichtenagentur Reuters [1] hat sich einmal dahintergeklemmt und gefragt, was es denn nun mit der vorgeblich sauberen, veredelten Kohle auf sich hat. Das Ergebnis fiel ernüchternd aus. Beispielsweise stellte der Energiekonzern Duke Energy

Corp. im August 2012 zwei seiner Kohlekraftwerke im US-Bundesstaat North Carolina auf "saubere" Kohle um, die chemisch mit Bromiden behandelt worden war. Dadurch sollten beim Verbrennen weniger Stickoxide, dem Hauptbestandteil von Smog und saurem Regen, und andere Luftschadstoffe entstehen.

Knapp drei Jahre später, im Mai 2015, hat der Energiekonzern keine solche Kohle mehr verfeuert. Das Unternehmen begründet seinen Schritt damit, daß Calciumbromid, eines der chemischen Behandlungsmittel der Kohle, in nahegelegenen Gewässern und Seen, aus denen Trinkwasser gewonnen wird, nachgewiesen worden war. Damit hatte sich das Krebsrisiko von über einer Million Menschen in Charlotte und Umgebung erhöht. Einige Monate nach dem Rückzug der "sauberen" Kohle ging die Bromidbelastung in den Gewässern der Region drastisch zurück.

Innerhalb dieses Zeitraums hat Duke Energy mehrere Millionen Dollar an Subventionen der Bundesregierung eingestrichen. Allerdings hätten die Kraftwerke gar nicht weniger, sondern mehr Stickoxide emittiert, berichtete Reuters, die sich auf Daten der US-Umweltschutzbehörde EPA beruft. Beispielsweise hat das Kohlekraftwerk Marshall Steam Station in Sherrills Ford, North Carolina, in jener Zeit, als es "saubere" Kohle verbrannte, zwi-

schen 33 und 76 Prozent mehr Stickoxide ausgestoßen als 2011.

Die Subventionierung "sauberer", veredelter Kohle war 2004 als Bestandteil des American Jobs Creation Act unter Präsident George W. Bush jun. mit einer Laufzeit bis 2021 beschlossen worden. Der heutige US-Präsident, Donald Trump, pflegt Kohle als "sauber" und "wunderschön" zu bezeichnen. Im vergangenen Jahr hat er eine Clean-Coal-Initiative gestartet, um jene Staaten zusammenzubringen, die Kohle für den Energieträger der Zukunft und den Klimaschutz für eine Erfindung der Chinesen halten ...

In den USA werden in diesem Jahr voraussichtlich um die 160 Millionen Tonnen "saubere" Kohle verbrannt. Das entspricht einem Fünftel der gesamten Kohleverstromung der Vereinigten Staaten. Bei einer Steuererleichterung von 7,03 Dollar pro Tonne kommen so mehr als eine Milliarde Dollar an Subventionen für "saubere" Kohle zusammen.

Reuters zufolge haben im vergangenen Jahr 56 US-Kraftwerke "saubere" Kohle verbrannt. 22 der 56 Kohlekraftwerke wiesen 2017 höhere Stickoxidemissionen auf als 2009. Nur bei 18 von ihnen war der Stickoxidgehalt um mehr als 20 Prozent gesunken, und bei 15 dieser 18 Kraftwerke trat der Effekt erst zu einem Zeitpunkt ein, nachdem technische Verbesserungen vorgenommen worden

waren. Deshalb stellt sich die Frage, ob der positive Effekt auf die behandelte Kohle oder auf die Modifikation zurückging.

Im Unterschied zu Stickoxiden konnte die Menge an Quecksilber aus den Abgasen der Kohlekraftwerke durch die Verwendung von "sauberer" Kohle sowie weitere technische Maßnahmen, wie vom Gesetzgeber gefordert, verbessert werden. Mit einer 75prozentigen Quecksilberreduktion wurde sogar die gesetzliche Vorgabe einer 40prozentigen Minderung deutlich übertroffen. Was nicht bedeutet, daß Kohlekraftwerke überhaupt kein Quecksilber mehr an die Umwelt abgeben. Man reduziert hier von einem hohen Niveau aus.

Die Bromide werden auch dafür verwendet, den Quecksilbergehalt zu verringern. Dabei entste-

hen nicht nur, wie oben erwähnt, Gefahren für die Trinkwasserversorgung, sondern es werden auch große Mengen an Sondermüll produziert, der nun extra "entsorgt" werden muß. Das zählt zu den für "saubere" Kohlekraftwerke notwendigen vor- und nachgelagerten Prozessen und müßte ebenso in einer Umweltbilanz berücksichtigt werden wie die Entsorgung gewaltiger Mengen an Asche, die toxische Substanzen wie Uran, Quecksilber, Blei, Cadmium, Arsen enthält.

Abgesehen von der chemischen Veredelung der Kohle erweist sich noch ein weiteres Konzept, das unter dem Label "Clean Coal" gepriesen wird und bei dem die Kohlenstoffdioxidemissionen aus der Abluft der Kohlekraftwerke abgefangen, verflüssigt und gelagert werden (CCS-Verfahren), als Bestandteil eines gefährlichen

Mythos. Der energetische Aufwand nimmt zu, um die Folgen des Energieaufwands zu kompensieren. Wie war das noch mit Goethes Zauberlehrling ...?

Der heutigen Generation, die an den Schalthebeln der Macht sitzt, bleiben nur noch wenige Jahre, um eine Welt zu hinterlassen, die einigermaßen enkeltauglich ist. Kohlekraftwerke, mit welchem Feigenblatt auch immer ihnen ein grüner Touch verliehen werden soll, gehören nicht dazu.

Anmerkung:

[1] <https://www.reuters.com/investigates/special-report/usa-coal-pollution/>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umkl-679.html>

DIENSTE / KALENDER / ADVENT

***Adventskalender -
für den 08. Adventskalender für
Freitag, den 8. Dezember***

Dann plötzlich die Enge
von Kunden im Laden,
fast riß in der Menge
der Abverkaufsfaden.

<http://www.schattenblick.de/infopool/dienste/kalender/dkad0104.html>



Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Bowling for Columbine: Annie, get your gun

von Ulrich Behrens, Untergrund-Blättle, 5. Dezember 2018



Michael Moore am Toronto Film Festival, 2009

Bild: Josh Jensen from Toronto, Ontario, Canada

[CC BY-SA 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>)], via Wikimedia Commons

Zwei Bemerkungen möchte ich zu Michael Moores satirischer Dokumentations-Collage vorausschicken. "Bowling for Columbine" (1) sollte man keinesfalls zum Anlass nehmen, anti-amerikanische Vorurteile und Klischees zu fördern. Der Film handelt sicherlich in gewissem Sinn von spezifischen US-amerikanischen Problemen, allein die Vereinigten Staaten sind keine ausserirdische Insel, auf der alles ganz anders ist als bei uns.

Das Bild vom hochgerüsteten amerikanischen Weltpolizisten, der blutrünstig über den Erdball zieht,

hat wie jedes Bild zwei Seiten: eine, die in der Realität verwurzelt ist, und eine des Trügerischen, des Feindbildes, beispielsweise einer dem Wahn vermeintlicher Gewaltlosigkeit verfallenen Intelligenz, die sich bei uns längst zum selbst erklärten moralischen Apostel erhoben hat und in gleichem Atemzug doch so äusserst ungern über die Ursachen und Zusammenhänge von Gewalt (übrigens vor allem: struktureller Gewalt) kommuniziert - wie der Teufel, der das Weihwasser fürchtet.

Ausdruck dieser Geisteshaltung ist die, insbesondere von Politikern und "Medienexperten" interessierte vorgebrachte Meinung, Gewalttätigkeit entstehe nicht in sozialen Netzwerken, sondern werde von "gewalttätigen Filmen" oder/und Video-/Internet-Spielen à la Counterstrike in Bewegung gesetzt - ein

bewusstes Ablenkungsmanöver.

Moore selbst führt in seinem Film ein schlagendes Beispiel für den Irrsinn und die Gefährlichkeit dieser Behauptungen an: In Kanada konsumieren die Jugendlichen genauso viel Horrorfilme oder spielen genauso oft Counterstrike & Co. wie in den USA. Die Zahl der Gewaltverbrechen jedoch ist auf eine untrügerische Weise wesentlich niedriger als im Nachbarland. Es bleibt dabei: Gewalt entsteht durch Frustration, Frustration durch Wünsche, wie David Lynch einmal gesagt hat. Wie sich dies konkret abspielt, davon müsste gehandelt werden. Als es noch keine Filme gab, wurden Werke der Literatur für Gewalttaten in die Verantwortung gezogen. Von Goethes Werther wurde z.B. behauptet, er sei für Selbstmorde verantwortlich zu machen. Der erste "Kinomörder" wurde 1907 "entdeckt", und es ist erstaunlich, wie heute vor allem das visuelle Medium par excellence, das Fernsehen, an dieser Schraube des behaupteten Zusammenhangs von Kino und Gewalt dreht (2).

Moore - meine zweite Vorbemerkung - ist Satiriker, plakativer Collage-Künstler und realistischer Dokumentarfilmer in einem. Zuweilen schlägt ihm das ins Kreuz, etwa wenn er Armut im wesentlichen auf Arbeitslosigkeit verkürzt und nicht als strukturelles und komplexes Phänomen darstellt, in dem aus

struktureller Gewalt physische Gewalt werden kann. Zum Glück für den Betrachter sind die plakativen Statements visueller und verbaler Art in "Bowling for Columbine" jedoch sparsam gesät, so dass der Film insgesamt darunter nicht leidet.

Ausgangspunkt für den hartnäckigen, im positiven Sinn skrupellosen Michael Moore ist die Frage, wie es zu der mit Abstand weltweit höchsten Todesrate von mehr als 10.000 "gun deaths" pro Jahr in den USA kommt (wobei die Zahl der Gewaltverbrechen insgesamt in den Vereinigten Staaten seit einigen Jahren rückläufig ist!). Moore hat vordergründig kein Konzept.

Er rennt einfach los, nach Littleton, an die Columbine High School, an der dieses schreckliche Massaker stattfand, an die kanadische Grenze, nach Toronto, zu Charlton Heston, prominentes Mitglied und Vorsitzender der National Rifle Association, die das Recht jedes Amerikaners auf Besitz, Tragen, Laden und Einsatz von Waffen aller Art propagiert und sich nicht scheute, kurz nach dem Columbine-Massaker in der Nähe eine waffenklirrende und Feindbild-orientierte Versammlung abzuhalten, in seine Heimat, nach Flint, in der ein sechsjähriger Junge ein gleichaltriges Mädchen erschossen hatte, zum Bruder des Oklahoma-City-Attentäters Terry Nichols, James Nichols.

Moore interviewt Leute aus Littleton, u.a. einen Mann, der sich über diese schreckliche, alles überwältigende, erschreckende Normalität der Leute beklagt, die Kinder von Beginn an in ein bestimmtes Fahrwasser des Lebens führen; er spricht mit Goth-Rocker Marilyn

Manson, der bei stockkonservativen Amerikanern für das Blutbad in Columbine mit verantwortlich gemacht wurde, usw.

Moore ist auf Spurensuche. Er klopft Argumente ab. Ist es allein die erschreckende Zahl der Waffen, die Jugendliche von früh auf die Möglichkeit eröffnen, selbst einmal damit ihrer Wut Ausdruck zu verleihen? 250 Millionen Waffen lagern in amerikanischen Privathaushalten. Munition ist in Supermärkten so gut wie frei verkäuflich, bei K-Mart zum Beispiel.

Ist es die amerikanische Geschichte, die eine Blutspur hinter sich her zieht - von der Ausrottung der Indianer, der Versklavung der Schwarzen, über die Kriege der vergangenen Jahrzehnte bis hin zur Bush-Politik der Weltpolizeimacht? Moore zeigt einen rasant gedrehten Comic, in dem dies satirisch dargestellt wird. Sind es die katastrophengeilen Medien, die Tag für Tag über Mord, Totschlag, Gewaltverbrechen anderer Art Angst und Schrecken verbreiten, der mit der Realität wenig zu tun hat?

"Ich hätte diesen Film auch schon vor zehn Jahren machen können, denn es geht nur vordergründig um Columbine oder etwa um Waffen. Amerika war vor zehn Jahren genau so wie heute. Der Film handelt von unserer Kultur der Angst und wie unsere Angst uns zu Gewaltakten auf häuslicher und internationaler Ebene führt." (Michael Moore)

Bei der Spurensuche Moores kann man nie sicher sein, ob das, was er zeigt, nun wahr oder gestellt ist. Wenn er in Kanada von einem Haus zum anderen geht und alle Türen sind offen - wurde das vor-

her abgesprochen? Oder haben die Kanadier deutlich weniger Angst vor Verbrechen als ihre amerikanischen Nachbarn? Moore eröffnet bei einer Bank ein Konto. Die Bank verspricht jedem, der das tut, die kostenlose Übergabe einer Waffe. Gestellt oder echt?

Es ist dieses Spiel zwischen Sicherheit und Angst, Realität und Phantasie, brutalen Fakten und satirischer Überspitzung, das die Spurensuche Moores erschreckend und belustigend zugleich werden lässt. Moore findet keine unumstößlichen Antworten auf seine zentrale Frage, aber einen Ausgangspunkt für eine Antwort: die unglaubliche und von den Medien unglaublich geförderte Angst und das damit korrespondierende übertriebene Sicherheitsbedürfnis vieler Amerikaner, Opfer von Gewalttaten zu werden. Für beides gibt es Spuren der Erklärung in der amerikanischen Geschichte wie in der politischen und sozialen Gegenwart.

Gerade nach dem Terroranschlag des 11. September 2001 ist Moore eine mutige Collage gelungen, in der er genau diesen Zusammenhang von (panischer) Angst und (extremem) Sicherheitsbedürfnis im wesentlichen exzellent verfolgt. Dabei ist Moore nicht etwa ein Revolutionär, ein anti-amerikanischer Amerikaner, sondern vielleicht der bissigste Sozialkritiker und Patriot in einer Person - immerhin auch Mitglied der waffenstarrenden NRA. Gerade weil er amerikanische Geschichte nicht in einem verwissenschaftlichtem Trockenkurs, sondern in einem vielleicht zwei, drei Minuten dauernden Comic auf satirische Art nahe bringt, ist seine Aussage überzeugend - überzeugend nicht als letztgültige

Antwort, sondern als Katalysator, um über die Momente dieser Geschichte nachzudenken, die Angst, Paranoia und Sicherheitswahn beflügeln. Die Geschichte der amerikanischen Siedler ist eben auch eine des Gefühls der permanenten Gefahrenlage. Die Ausrottung der Indianer verkehrt sich so in einem Akt der Herstellung öffentlichen Bewusstseins zur chronischen Angstpsychose von einer stets allgegenwärtigen Bedrohungssituation. (3)

Hinzu kommt der Rassismus gegenüber den aus Afrika "importierten" Sklaven, die Entstehung des Ku Klux Klan und der NRA, fast zur gleichen Zeit, - und damit eine neue Bedrohungssituation. Es ist bezeichnend, wie sich auch hier das Täter-Opfer-Verhältnis ins Gegenteil verkehrt. Bis in die heutige Medienlandschaft hinein hält sich - auch das zeigt Moore - das ideologisch gefärbte und verkehrte Bild von einer schwarzen kriminellen Bevölkerung vor allem in den Grossstädten, die die Weissen zwang in die Vorstädte auszuweichen, um dort - abgeschottet und verschlossen in ihren Einfamilienhäusern und mit der geladenen Waffe unter dem Kopfkissen - der Gefahr harren und trotzen.

Last but not least führt Moore die amerikanische Aussenpolitik der "absoluten" Stärke und der "absoluten" Sicherheit vor, eine Politik, die - man kann schon sagen: masslos - den Schmetterlingsschlag in irgendeinem Zipfel der Welt zu einer Bedrohung der eigenen Sicherheit deklariert (4).

Man mag an einzelnen Aussagen Moores zweifeln, seine politische Grundhaltung nicht teilen. Eines jedoch ist sicher: "Bowling for Columbine" ist eine zweistündige

Achterbahnfahrt, die zum Nachdenken genug Anlass gibt und zudem - angesichts solcher Ereignisse wie in Erfurt - weder eine inneramerikanische Angelegenheit ist, noch zu anti-amerikanischen Resentiments Anlass gibt. Es ist immer einfach und letztlich folgenlos zu sagen: "Die Amis, die spinnen." Warum sie "spinnen" und warum auch bei uns daheim viele "spinnen" - das sind die Fragen, die einen bewegen sollten. Moores Film ist für alle, die das tun wollen, ein absolutes Muss.

Bowling for Columbine USA 2002 - 114 min.

Regie: Michael Moore

Drehbuch: Michael Moore

Darsteller: Charlton Heston, Marilyn Manson, Michael Moore

Produktion: Charles Bishop

Musik: Jeff Gibbs

Kamera: Brian Danitz, Michael McDonough

Schnitt: Kurt Engfehr

Trailer zum Film:

<https://youtu.be/CgpyaUVivkA>

Anmerkungen:

(1) Der Titel bezieht sich auf die Tatsache, dass die beiden Jugendlichen Dylan Klebold und Eric Harris wenige Stunden vor dem von ihnen verübten Massaker an der Columbine High School, bei dem zwölf Schüler und ein Lehrer getötet und viele andere schwer verletzt wurden, ihren Bowling-Kurs besuchten.

(2) Ich empfehle in diesem Zusammenhang einen Artikel von Thorsten Lorenz in der "Frankfurter Rundschau", "Wenn das Kino töten könnte. Medien-Mörder: Über den Ursprung eines pädagogischen Wahns" (FR vom 2.11.2002):

(3) In dem Zeichentrickfilm heisst es: "Das Erste, das man als Kind über die

amerikanische Geschichte lernt, ist: 'Die Pilger kamen nach Amerika, weil sie Angst vor Verfolgung hatten.' Sie hatten Angst. Und was geschah dann? Die Pilger kamen, voller Angst, begegneten den Indianern und hatten noch mehr Angst vor ihnen, also brachten sie sie um. Dann bekamen sie Angst voreinander, begannen Hexen zu sehen und verbrannten sie; dann gewannen sie die Revolution, aber sie hatten Angst, dass die Briten zurückkämen. Also verfasst jemand das Second Amendment (beinhaltet das per Verfassung verbrieftete Recht auf das Tragen von Waffen), das sagt: 'Lasst uns unsere Waffen behalten, weil die Engländer zurückkommen könnten.' Was passiert? Die Briten kommen zurück! Was ist das Schlimmste, was einem Paranoiker zustossen kann? Wenn seine Ängste wahr werden!" "Mittlerweile sagen alle: 'Verdammt gut, dass wir die Waffen behalten haben!' Whoaaaa, Second Amendment, gute Idee!"

(4) Vgl Moores Buch "Stupid White Men. Eine Abrechnung mit dem Amerika unter George W. Bush", 329 Seiten (Piper-Verlag, EUR 12,-, seit dem 1.10.2002 auf in deutscher Übersetzung auf dem Markt), sowie die hier als PDF-Datei erhältliche Pressedokumentation (25 Seiten).

Erstveröffentlicht bei:

http://www.xn--untergrund-blittle-2qb.ch/kultur/film/bowling_for_columbine_michael_moore_5159.html

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0

<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur

Pressenza - Büro Berlin

Reto Thumiger

E-Mail:

redaktion.berlin@pressenza.com

Internet: www.pressenza.com/de

Gruß zum Weihnachtsfest und Jahreswechsel 2018/2019

Ach Weihnachtsmann ...

Ach, Weihnachtsmann, hör' mein Gebet
an Deine rote Mütze,
ich schlüge gern, wenn 's auch nicht geht,
das Liebesfest zu Grütze.
Wozu das Fest, das ich nicht brauch'
zum Lieben und zu schenken,
mein schlechtes Jahr, mein leerer Bauch,
die sind nicht abzulenken.
Mummenschanz trägt mich nicht länger,
denn mein Sinn bleibt unverstellt,
weil man als Hartz-IV-Empfänger
keinen Hof mit Engeln hält.
Ach, Himmelsknecht, hör' mein Gebet
an Dich und Dein Gewand, das rote,
daß es der Rest der Welt versteht:
Ich bin die Botschaft, nicht der Bote.

Copyright 2006 by MA-Verlag ()*

Liebe Leserin, lieber Leser,

*ganz im Sinne dieser Verse wünscht Ihnen die
Redaktion der Online-Tageszeitung Schatten-
blick für die Fest- und Brückentage ruhige und
ergiebigere Stunden und eine insgesamt erholsa-
me Zeit.*

Ihre Schattenblick-Redaktion

(*) Helmut Barthel: Dichterstube - Kehricht Band 2,
MA-Verlag, Stelle-Wittenwurth 2016, Seite 69

*[http://www.schattenblick.de/infopool/
redaktio/eigener/
rb-0013.html](http://www.schattenblick.de/infopool/
redaktio/eigener/
rb-0013.html)*

REDAKTION / WOCHENDRUCKAUSGABE / EDITORIAL



Foto: © by Schattenblick

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit der 115. Ausgabe vom 08.12.2018 werden wir das regelmäßige Erscheinen unserer Schattenblick-Wochendruckausgabe als Printprodukt anlässlich der Fest- und Brückentage und, davon nicht zu trennen, der Urlaubszeiten für genau fünf Wochen unterbrechen.

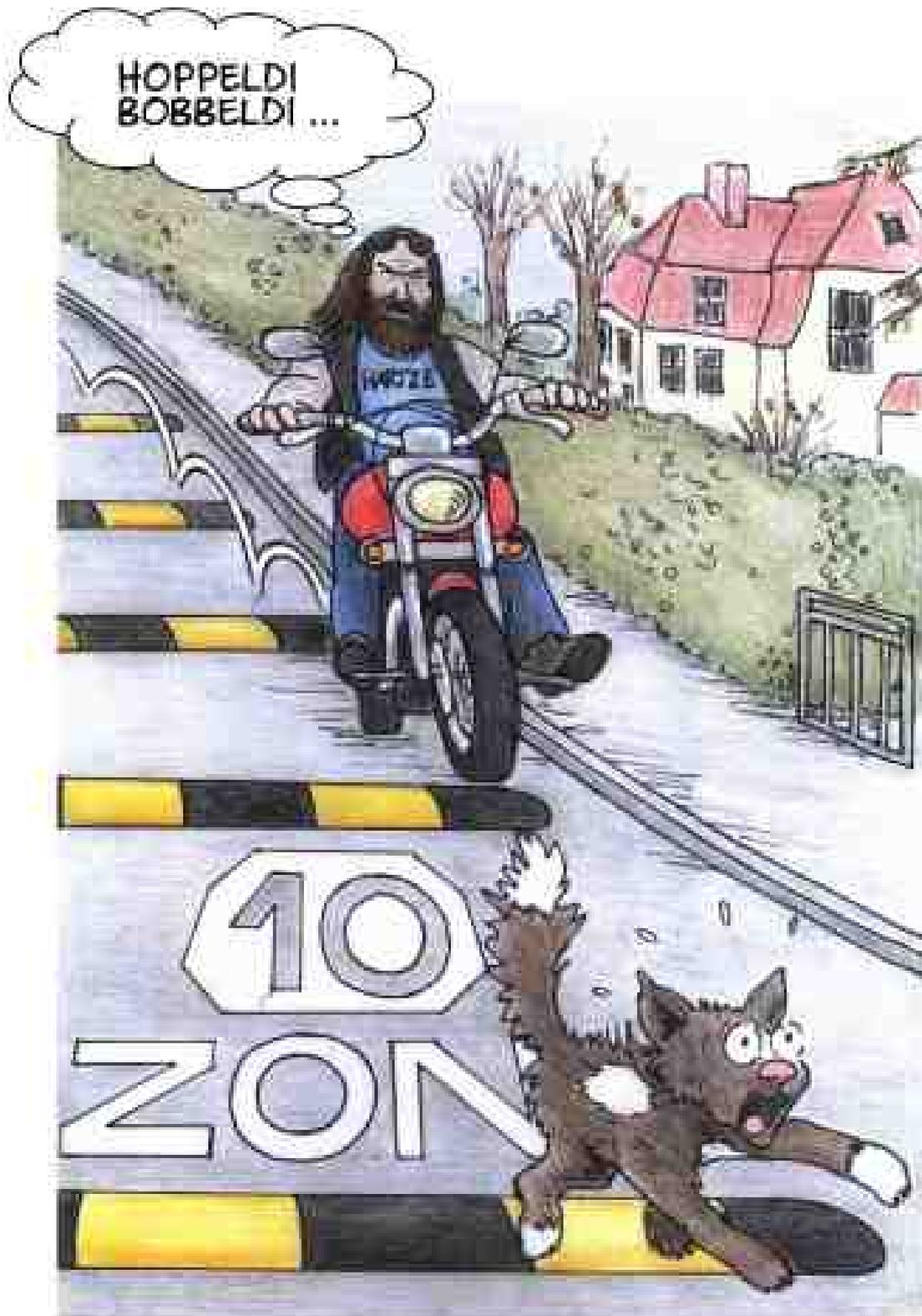
Am Samstag, den 19.01.2019, können Sie wieder die fortlaufende Zusendung der Wochendruckausgabe des Schattenblicks wie gewohnt erwarten. Selbstverständlich werden in der Zwischenzeit dennoch alle damit verbundenen Beiträge auf dem Portal der Online-Tageszeitung Schattenblick ohne jede Unterbrechung im vertraut täglichen Rhythmus zu finden sein.

Bleibt noch, Ihnen und uns eine erholsame Zeit, ganz besonders in diesen Tagen der Feste und Resturlaube, zu wünschen.

Ihre Schattenblick-Redaktion

UNTERHALTUNG / COMIC / COMIC STRIP

Hartzes Leiter ...

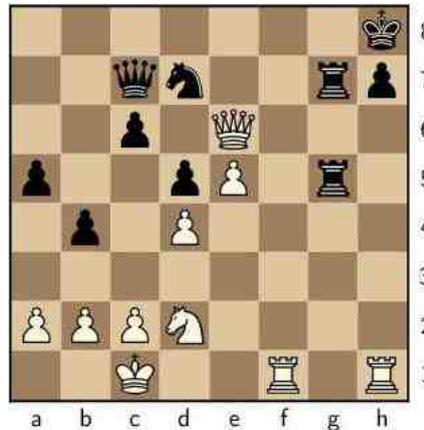


© 2018 by Schattenblick

SCHACH UND SPIELE / SCHACH / SCHACH-SPHINX

Verwandtschaft von Sehen und Zählen

(SB) - Der Tumult hatte sich gelegt, die Staubwirbel stürzten erschöpft zu Boden und offenbarten eine Stellung, in der Schwarz als einzigem Trost auf seine beiden Türme auf der g-Linie blicken konnte. Sein König saß indessen verschreckt im äußersten Eckfeld und sah mit Bangen, daß die Grundreihe unbewacht war. Noch dazu war Weiß am Zuge, und dieser stieß nun mit seinen Augen von der Höhe seines nahenden Triumphes auf die schwarzen Königsburg herab, zumindest auf das, was nach dem vorangegangenen Schlachtenlärm davon übriggeblieben war. Ein Matt glitzerte da in seiner Pupille auf und lange Schatten fielen auf den schwarzen König herab. Nun, Wanderer, Sehen und Zählen sind sich erstaunlich verwandt. Dies gilt auch im



Kristensen - Fromm
Randers 1990

heutigen Rätsel der Sphinx, denn alle Nußknacker wissen, daß vor der Zahl das Teilen kam, ein Schicksal, dem keiner enteilen kann, und der schwarze König in seinem Schlupfloch hatte nur noch wenige Augenblicke zu leben. Kannst du seine Herzschläge zäh-

len, Freund endloser Wanderschaft durch die kombinatorischen Gefilde der hehren Schachkunst?

Auflösung letztes Sphinx-Rätsel:

Wer mit der Blindheit flirtet, wird den Sieg nie sehen, und dabei war alles so schön vorbereitet gewesen. Mit 1.Tf1xf6! g7xf6 2.Sg5xh7! hätte sich Weiß selbst den größten Gefallen getan. Der schwarze König hätte dann nicht mehr aus der Mausefalle entkommen können, da ihm das Feld f8 genommen war. Und schlagen durfte er den Springer ebenfalls nicht, denn nach 2...Kg8xh7 3.Dd1-g4 war gegen 4.Td3-h3# nichts zu erfinden.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06769.html>

MUSIK / VERANSTALTUNGEN / FOLKLORE

Kulturcafé Komm du - Januar 2019

Fellows on the Road | Fine Acoustic Music - Americana, Bluegrass, Folk und mehr

Konzert am Samstag, 26. Januar 2019, 20.00 bis 22.00 Uhr

Platzreservierungen per Telefon: 040 / 57 22 89 52 oder E-Mail: kommdu@gmx.de

Eintritt frei / Hutspende

Das *Komm du* lädt ein zu einem Konzert am Samstag, den 26.01.2019, 20.00 bis 22.00 Uhr:

Fellows on the Road
Fine Acoustic Music - Americana, Bluegrass, Folk und mehr

Die Musik von *Fellows on the Road* ist beeinflusst von Americana, Bluegrass und Folk, geht aber noch darüber hinaus. Neben Eigenkompositionen finden sich spannende Arrangements aus der Welt der Pop-Musik, Bluegrass-



Klassiker oder Fiddle-Tunes. Akustische Instrumente und mehrstimmiger Gesang, Improvisation und Spielfreude machen den Sound der Gruppe unverwechselbar. *Fellows on the Road*, das sind: Thorsten Hansen (Gitarre, Gesang, Banjo, Mandoline) und Arno Köhrsen (Gitarre, Mandoline, Akkordeon, Blues-Harp, Gesang).

Zum Reinhören & Anschauen:

Fellows on the Road - Captain again

<https://www.youtube.com/watch?v=TUFSE9aKmdg>

Fellows on the Road - Hold the Line

<https://www.youtube.com/watch?v=4tV9ArCVmvM>

Fellows on the Road - Every little

Das Kulturcafé *Komm du* in Hamburg-Harburg: Kunst trifft Genuss

Hier vereinen sich die Frische der Küche mit dem Feuer der Künstler und einem Hauch von Nostalgie.

Das *Komm du* in Harburg ist vor allem eines: Ein Ort für Kunst und Künstler. Ob Live Musik, Literatur, Theater oder Tanz, aber auch Pantomime oder Puppentheater - hier haben sie ihren Platz. Nicht zu vergessen die Maler, Fotografen und Objektkünstler - ihnen gehören die Wände des Cafés für regelmäßig wechselnde Ausstellungen.

Britta Barthel gibt mit ihrem Kulturcafé der Kunst eine Bühne und Raum. Mit der eigenen Erfahrung als Künstler und Eindrücken aus einigen Jahren Leben in der Kulturmetropole London im Gepäck, hat sie sich bewusst für den rauen und ungemein liebenswerten Stadtteil Harburg entschieden. Für Künstler und Kulturfreunde,



Die "*Fellows on the Road*" spielen Americana, Bluegrass, Folk & mehr

Foto: © by *Fellows on the Road*

thing she does is magic

<https://www.youtube.com/watch?v=9X9JTDsHOfo>

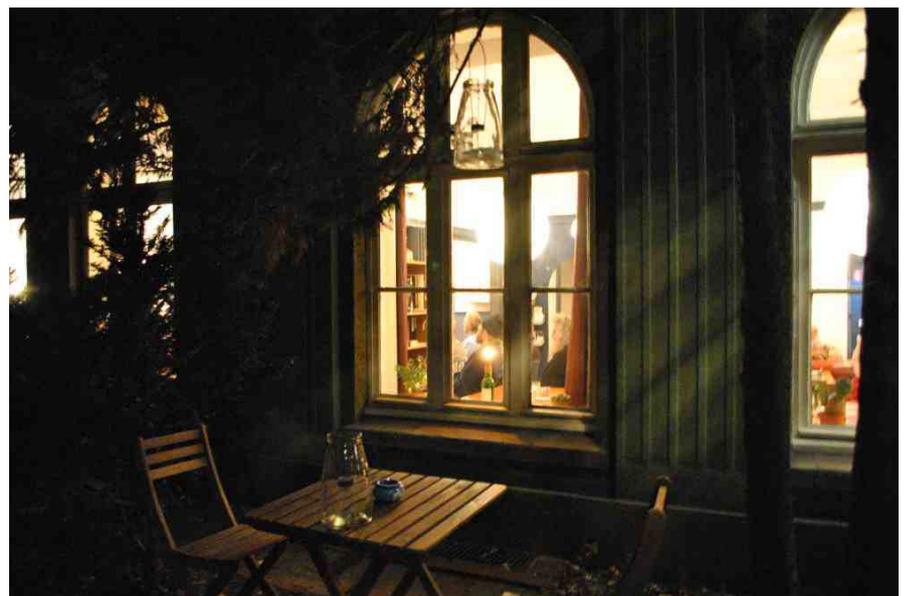
Zu "*Fellows on the Road*" gehören:

Thorsten Hansen
(Gesang, Gitarre, Banjo, Mandoline)
Arno Köhrsen
(Gitarre, Mandoline, Akkordeon, Blues-Harp, Gesang)

Weitere Informationen:

Fellows on the Road - Homepage
<http://www.thorsten-hansen-musik.de/Fellows-on-the-Road>

Fellows on the Road bei Facebook
<https://www.facebook.com/fellowsontheroad/>



Kulturcafé Komm du
in der Buxtehuder Str. 13
in Hamburg-Harburg

Foto: © 2013 by Schattenblick

für hungrige und durstige Gäste gibt es im *Komm du* exzellente Kaffeespezialitäten, täglich wechselnden frischen Mittags-

tisch, hausgemachten Kuchen, warme Speisen, Salate und viele Leckereien während der Veranstaltungen und vor allem jede Menge Raum und Zeit ...

Das Komm du ist geöffnet von:
Montag bis Freitag
7:30 bis 17:00 Uhr,
Samstag von 9:00 bis 17:00 Uhr
und an Eventabenden open end.

Näheres unter:
<http://www.komm-du.de>
<http://www.facebook.com/KommDu>

Kontakt:
Kulturcafé *Komm du*
Buxtehuder Straße 13
21073 Hamburg
E-Mail: kommdu@gmx.de
Telefon: 040 / 57 22 89 52

Komm du-Eventmanagement:
Telefon: 04837/90 26 98
E-Mail:
redaktion@schattenblick.de

Das Kulturcafé *Komm du* lädt ein ...

Die aktuellen Monatsprogramme des *Kulturcafé Komm du* mit Lesungen, Konzerten, Vorträgen, Kleinkunst, Theater und wechselnden Ausstellungen finden Sie im Schattenblick unter:
Schattenblick → Infopool → Bildung und Kultur → Veranstaltungen → Treff
http://www.schattenblick.de/infopool/bildkult/ip_bildkult_veranst_treff.shtml

<http://www.schattenblick.de/infopool/musik/veranst/folk1400.html>

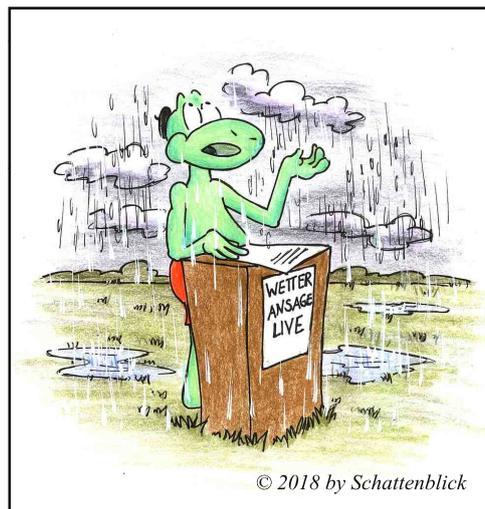
I n h a l t Ausgabe 2762 / Samstag, den 8. Dezember 2018

- 1 POLITIK - REPORT: Treff für den Frieden ... Ajamu Baraka im Gespräch
- 7 POLITIK - KOMMENTAR: Tierschmerzen - bis zu den Betäubungsfristen ...
- 8 AUSLAND: Mexiko - Die Rechte der Campesinxs ohne Rechte (poonal)
- 10 POLITIK - AUSLAND: Mexikos neuer Präsident ist kein Linker (poonal)
- 12 UMWELT - REDAKTION: CO2 - gefährlicher Mythos ...
- 13 DIENSTE - KALENDER: Adventskalender - für den 08. Dezember 2018
- 14 MEDIEN: Bowling for Columbine - Annie, get your gun (Pressenza)
- 17 IN EIGENER SACHE: Gruß zum Weihnachtsfest und Jahreswechsel
- 18 EDITORIAL: Liebe Leserin, lieber Leser
- 19 UNTERHALTUNG - COMIC: Hartzes Leiter ...
- 20 SCHACH-SPHINX: Verwandtschaft von Sehen und Zählen
- 22 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 8. Dezember 2018

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 8. Dezember 2018

+++ Vorhersage für den 08.12.2018 bis zum 09.12.2018 +++



© 2018 by Schattenblick

Heut' trifft auf die Felder
als sternkalter Segen
laut Jean-Luc, dem Melder,
ergiebigere Regen.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.